

Kiefner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtamt/Kopf: Kiefner, Leipzig, Nr. 20.

Das Kiefner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Kiefner, des Finanzamts Kiefner und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1888, Straße Kiefner Nr. 22.

Nr. 199.

Freitag, 27. August 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Kiefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Baier. Für den Fall des Austritts nach Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Bilden) 25 Pfennig; die 20 mm breite Zeile mit 100 Bilden 30 Pfennig; zeitweiliger und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demöglicher Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorläufig, durch Rings eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontante zahlt. Zahlungen und Erfüllungsort: Kiefner. Wichtige Unterhaltungsbeilagen, Spätkur an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Störungen des Betriebes des Druckers, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck mit Verlag: Kanger & Winterlich, Kiefner. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Kiefner; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Dittsch, Kiefner.

Unverdante Wissen.

Der Ausgang des Weltkrieges legte den Entente-Siegermächten recht appetitliche Bissen in den Mund. Die Schöpfer des Versailles-Vertrages haben die reichvolle Mahlzeit schnell verschluckt. Die Erfahrung, die uns die letzten acht Jahre lehrte, zeigt jedoch, daß diese Speise, die ihnen so überreichlich geboten wurde, ihnen nicht allzu gut bekommen ist. So verhandelt es Polen nicht, das ihm ausgeteilte blühende Wirtschaftsgebiet Oberösterreichs für die Entwicklung seines Volkes nutzbar zu machen. Der Oberösterreichler einmals sah, wie es sich darstellte, als es noch Bestandteil des Reiches war, und lebt wieder einen Streifen durch die verödeten Industriegebiete, mit den zum Stillstand gekommenen Kohlenruben, den brachliegenden Fabrikanlagen, die durch den Unterschied zwischen dem einmals und jetzt schnell feststellen. Eine Reise durch das jetzt französisch gewordene Elsaß dürfte ganz ähnliche Empfindungen und Feststellungen erzielen. Was aus Südtirol geworden ist, das hat der Verweiskungsbescheid des feiner Rechte beraubten und vergewaltigten italer Volkes der Welt verkündet. Überall wo siegreiche Entente-Mächte den Ausgang des Weltkrieges mit dem Unrecht der Einverleibung eines weitenbestimmten Volkstammes besiegelte, klafft die Unmöglichkeit hervor, das Neue mit dem Alten zu vereinen. Von den zu Rumänien gewordenen Siebenbürgern, über ihren Verweiskungsbescheid gegen die Zentralgewalt Bulgariens vernimmt man recht wenig. Und doch sind die Mißverhältnisse, die durch die ursprüngliche und zwangsweise Vergrößerung Rumäniens um fast die Hälfte seines ehemaligen Gebietes dort hervorgerufen worden sind, so kraß und schreiend, daß es sich verlohnt, sie einmal der Welt zu einer gerechten Beurteilung zu übermitteln.

Um das Mißverhältnis der Einverleibung Siebenbürgens in das rumänische Staatsgebilde in seinem vollen Umfang zu erkennen, muß man die Kulturen dieser beiden Völker miteinander vergleichen. Das an und für sich reichhaltige Siebenbürgener Land kann sich in der Fruchtbarkeit seines Ackerbodens nicht mit dem Rumänien messen. Der Siebenbürgener Bauer hat es schwer, seinem Boden die Ernte zu entlocken, die für die Ernährung seines Volkes ausreicht. Nur mit hader Arbeit und mit Einführung der modernsten Erfindungen auf landwirtschaftlichem Gebiet kann es ihm gelingen, den Ertrag seiner Arbeit einigermaßen lohnend zu gestalten. Und doch, vielleicht gerade durch diese intensiver Arbeit und den hohen Fleiß hat es die Siebenbürgener Bevölkerung verstanden, ihrem Lande einen Kulturstand zu geben, der sich kraß von dem näheren Umwelt abhebt. Wer durch das Siebenbürgener Land reist, sieht dort nur gepflegte Städte, saubere Straßen, hübsche, gut instandgehaltene Gehöfte; Baulichkeiten, die eines Kunstsinnes nicht entbehren. Das ganze Land atmet eine Trübseligkeit und ein Gespöstein, das unbedingt deutsch anmutet. Wie sieht es dagegen in Rumänien aus? Das Land ist fruchtbar; der Bauer hat es nicht schwer, seinem Lande die Früchte abzurufen. Die intensive Bodenbewirtschaftung, die a. B. in Siebenbürgen betrieben wird, ist dort ein unbekanntes Ding. Mit den primitivsten Ackergeräten wird der Boden bearbeitet. Und der reiche Ertrag der Ernte geht dem Rumänen, daß er gar nicht nötig hat, allzu großen Fleiß in seine Arbeit zu stecken. Man sollte meinen, daß ein an Bodenerzeugnissen so reiches und gelegenes Land wie Rumänien eine Kultur bietet, die den gesunden Lebensbedingungen, die man dort antrifft, entspricht. Wohl gibt es in Rumänien Städte, die modern angelegt, den Städten des westlichen Europas ähneln. Wer sich jedoch nicht mit einem klügeligen Ueberblick begnügt, der wird feststellen, daß die moderne Anlage gewisser Straßen in den rumänischen Städten nur Fassade ist, eine Fassade, die nur davor steht, daß hübsche und hygienische verdirbt, was dahinter verborgen liegt. Bulares a. B. bietet dem Besucher nur ein Stadtwirrwarr, dem man den Charakter einer Stadt abgucken kann. Das andere aber, was hinter den großen Ritzeplanen liegt, ist nur ein Bild trostloser Verkommenheit. Armeelige Häuten, notdürftig zusammengestellte Baracken, schmutzige Schlammwälder, vermauerte, ungepflegte Straßen. Das ist das wahre Gesicht Bulgariens. Nicht nur das der Hauptstadt, sondern auch das des ganzen Landes. In ganz Europa wird man wohl nirgends ein größeres Elend vorfinden, als das, wie es das rein animalische Dasein der rumänischen Volksbevölkerung darstellt.

Dieses in den armseligen Verhältnissen dahingewandene, jedes Kulturstandes bare Volk ist der Sieger, dem das hochkultivierte arbeitssame Siebenbürgener Volk auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Wäre man in Bulgarien bereit, den höheren Kulturstand der „eroberten“ Provinz anzuerkennen, so könnte das Geschenk, das auf Grund des Versailles-Friedensvertrages dem rumänischen Volk gegeben ist, eine segensreiche Wirkung ausüben. Nationalistischer, nationalstolzer Ueberstolz der Bulgaren Staatslenker lassen jedoch eine solche Erkenntnis nicht zu. Bulgarien läßt sich als Sieger, der gewonnen ist, die Macht, die ihm gegeben ist, rücksichtslos auszunutzen. Das heißt, die Kultur des Siebenbürgener Volkes zu zwingen, in die Kulturlosigkeit Rumäniens aufzugehen. Das ist selbstverständlich die Bevölkerung Siebenbürgens dagegen verweigert, die Schamperlei Bulgariens mitzumachen, ist begreiflich. Doch da Macht vor Recht geht, so steht es nun mindestens jetzt um das Recht des Siebenbürgener Volkes sehr schlecht aus.

Deutschland und der Völkerbund.

10. Berlin. Mit dem Ergebnis der Donnerstag-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist die parlamentarische Erörterung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abgeschlossen. Ebenso wie der Antrag auf Einberufung des Plenums wurde auch der Antrag abgelehnt, daß der Auswärtige Ausschuss noch einmal zu dem Ergebnis der Beratungen der Studienkommission Stellung nehmen soll. Das Reichstagsdiplom wird in den nächsten Tagen zum Ausdruck kommen und wird dann die Frage erörtern, welche Haltung Deutschland bei der Tagung der Studienkommission am 30. August einzunehmen hat.

Der deutsche Vertreter in dieser Kommission, Vizekanzler v. Goelch, wird schon am Freitag oder Sonnabend von Paris in Berlin einreisen um darüber mit der Regierung Rücksprache zu nehmen. Nach der Sitzung der Studienkommission wird sich das Kabinett endgültig über die Zusammenfassung der deutschen Delegation entscheiden. Reichskanzler Dr. Marx will dann persönlich nach Genf gehen, wenn auch die Regierungschefs der anderen Mächte dort anwesend sind.

Als Mitglieder der deutschen Delegation will die Regierung auch Parlamentarier ernennen, die auf dem Gebiet der Außenpolitik besonders tätig sind. Dabei soll sich der Kreis dieser Persönlichkeiten nicht auf die Mitglieder der Regierungsparteien beschränken. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß beispielsweise auch der sozialdemokratische Abg. Dr. Breitkopf und der demokratische Abg. Dr. Gölch nach Genf gehen werden, um Deutschland dort in den Kommissionen zu vertreten. Die Zustimmung ihrer Fraktionen vorausgesetzt. Für Deutschlands Vertretung im Völkerbund hätte die Besetzung solcher außerhalb der Regierungsparteien stehender Politiker den Gewinn, daß damit dem Ausland deutlich angedeutet würde, daß die deutsche Einheitsfront in den Fragen der Außenpolitik weit über den Kreis der Regierungsparteien hinausgeht.

Volle Uebereinstimmung besteht darüber, daß die deutsche Delegation erst nach Genf reist, wenn ihr von dort mitgeteilt worden ist, daß Deutschlands Aufnahme als reichsunabhängiges Mitglied beschlossen ist. Das könnte, wenn in der Sitzung der Studienkommission die jetzt noch vorhandenen Schwierigkeiten beseitigt sind, am zweiten Tage der Genfer Verhandlungen der Fall sein. Den ersten Verhandlungstag wird voraussichtlich die Konstituierung des Rates in Anspruch nehmen. Am zweiten Tag könnten dann die drei Protokolle vollzogen werden, die zur Aufnahme Deutschlands erforderlich sind. Die Aufnahme Deutschlands ist von der Aufnahme-Kommission bereits empfohlen worden. Die Vollversammlung müßte dann die Aufnahme einstimmig beschließen. Der Völkerbundrat müßte weiter einstimmig den händigen Rat für Deutschland beschließen und die Bundesversammlung diesen Beschluß des Rates genehmigen. Am Abend des nächsten Tages nach der Aufnahmefestsetzung könnten die deutschen Delegierten dann schon in Genf einreisen und an der Sitzung des übernächsten Tages teilnehmen.

Die Ansprüche Spaniens und Polens dürften nach dem jetzigen Stand der Dinge keine unüberwindlichen Hindernisse für eine Regelung der Ratfrage mehr bilden, wie sie als Voraussetzungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund in der Kommissionssitzung vom Mai getroffen worden war. Die von jenen beiden Staaten beanspruchte Wiederwahlbarkeit als nichtständige Ratmitglieder wird voraussichtlich auch von den übrigen jetzt umständlich ausstehenden nichtständigen Ratmitgliedern beantragt werden. Dann ist es nur eine Frage der Mehrheitsentscheidung, welche Nation niedergewählt wird.

Die englische Presse zur Völkerbundsfrage.

London. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Sehr wesentliche Ergebnisse zeigen die kürzlichen freigegebenen Besprechungen nicht gehabt zu haben, die in erster Linie zwischen Sir Cecil Curie und Fromageot in London und später in Deutschland zwischen Fromageot und Dr. Gaus über die Möglichkeit von

Spanisch-italienischer Protest gegen Frankreich.

London. (Funknachricht.) Daily News meldet aus Tanger: Die einzige dort erscheinende französische Tageszeitung hat in spanischer Sprache einen heftigen Angriff auf die spanische Regierung veröffentlicht mit einer Warnung, daß die eingeborene Bevölkerung niemals eine spanische Herrschaft über die Tangerzone annehmen würde, sowie mit einer Aufforderung an alle Einwohner Tangers, sich den Vorschlägen für den Einzug Tangers in das spanische Protektorat zu widersetzen. Der Artikel hat in der spanischen Kolonie große Erregung hervorgerufen.

Einer Timesmeldung aus Tanger zufolge hat infolge dieses Artikels der spanische Vertreter eines letzten Besuch beim französischen Konsulat erwidert. Die italienischen Einwohner hätten sich dem Protest angeschlossen, da Mussolini in dem Artikel ebenfalls in beleidigender Form behandelt wurde. Times zufolge hat sich im übrigen inzwischen die Haltung der französischen Presse in Marokko gegenüber Großbritannien geändert.

Abänderungen des Cecilianen Planes für halbständige und nichtständige Ratmitglieder hatten gefunden. Verschiedene Vorschläge mit dem Ziel, die spanische und die polnische Einspruchsfrist zu beschränken, sind erzwungen worden einschließlich eines Vorschlages der Schaffung halbständiger Sitze von fünfjähriger statt dreijähriger Dauer und des bestimmten Rechtes auf Wiederwahl zu Ende dieses Zeitraumes. Aber Sir Cecil Curie, mit dem sich am Schluß der Besprechungen Fromageot und Dr. Gaus mehr oder weniger in Uebereinstimmung befanden, ist wie verlautet, untrübselig bezüglich der Zweckmäßigkeit des Versuches der Abänderung eines Plans, über den in der Studienkommission nur ein beschränktes Maß von Uebereinstimmung erzielt werden konnte. Es könnte sein, daß die Befestigung der für Warschau so unbequemen Klausel, durch die die Völkerbundsversammlung ermächtigt werden würde, ein obstruktives nichtständiges Mitglied des Rates vor Ablauf des normalen Mandates dieses Mitgliedes zu besetzen, vorgeschlagen werden wird. Im übrigen kam der Gedanke dieser beiden erörterten, auf britische, französische und deutsche Juristen beschränkten Besprechungen, wie verlautet, von Briand. Es ist, so führt der Berichterstatter hinzu, vielleicht gut, daß sie nicht sehr viele Ergebnisse haben, da diese selbst geheimen Zusammenkünfte ein nicht unnatürliches, vollkommen unnötiges Maß von Argwohn und sogar von Verhinderung unter den Mächten erzeugt hätten, deren Juristen nicht zur Teilnahme eingeladen wurden. Die Kommission umfaßt außer den Vorkonferenzen Italien und Belgien 10 Staaten. Viele von diesen neigen dazu, alle Verhandlungen, von denen sie ausgeschlossen werden, als unberechtigte Versuche einer Ueberwindung anzusehen, die Mehrheit gewissermaßen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Sie erinnern daran, daß die Märzvorgänge in Genf auch durch vorherige Besprechungen beeinträchtigt worden sind.

London. Daily Express schreibt in einem Leitartikel: Der Wiederzusammentritt des Völkerbundes erfolgt unter Umständen, die kaum weniger verhängnisvoll erscheinen als die bei der letzten Ratstagung. Die „Völkerbund“ um die Ratfrage hat eine so unerfreuliche Gestalt angenommen, daß Deutschland, wie es scheint, abgelehnt hat, eine Delegation nach Genf zu entsenden, wenn es nicht im voraus eine Garantie für die Aufnahme erhält. Das nun weiter den Anspruch Spaniens auf Tanger anlangt, so stellt es ein sehr ärgerliches Zeugnis für die Autorität und das Prestige des Völkerbundes dar, daß Bundesmitglieder jedesmal mit dem Eigentum anderer Leute bestraft werden müssen, sobald sie mit ihrem Austritt aus dem Völkerbund drohen.

Vizekanzler von Goelch bei Briand.

Paris, 26. August. Der deutsche Vizekanzler von Goelch hatte heute vormittag Unterredungen mit dem Minister des Auswärtigen, Briand, und dem Generalsekretär im Außenministerium, Berthelot. Sie betrafen eine ganze Reihe schwerer Probleme und bezogen sich insbesondere auf die bevorstehende Völkerbundsfrage, vor allem auf die am Montag beginnenden Beratungen der Studienkommission für die Völkerbundsreform.

Die französische Delegation beim Völkerbund.

Paris. Die Paris-Soir erfährt, daß der Minister des Auswärtigen Briand nach Schluß der Kabinettsratung mitgeteilt, die französische Vertreter für die Völkerbundsversammlung würden in einer der nächsten Sitzungen des Kabinettsratung bekannt und ihre Mandate festgelegt werden.

Verhandlungen Briands.

Paris. (Funknachricht.) Minister des Auswärtigen Briand hat gestern nachmittags längere Zeit mit dem polnischen Außenminister und dem polnischen Vizekanzler über die Frage der Umbildung des Völkerbundsrates verhandelt. Außerdem empfing Briand gestern den englischen Geschäftsträger Philipp und den spanischen Vizekanzler Luisones de Pena, mit denen er über die Tangerfrage und über die Bedingungen verhandelte, unter denen Spanien einen Sitz im Völkerbundsrate erhalten könnte.

Die Frage der Luftabrüstung.

London. Dem Genfer Korrespondenten der Morning Post zufolge wurde in der gestrigen Sitzung des vorbereitenden Abrüstungskomitees in Genf ein von Frankreich eingebrachter Antrag angenommen, wonach Piloten, Flugzeuge und Luftschiffe sowie das gesamte in der Luftfahrt beschäftigte Personal mit zu dem Abzustufen gehören soll, was bekanntlich die militärische Luftfahrt der einzelnen Länder bestimmt.

Das Blatt bemerkt dazu, durch diesen Beschluß sei die Frage der Luftabrüstung gleichsam abzurufen geführt worden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Engländern und Amerikanern einerseits und der von Frankreich gebildeten Minderheitsgruppe andererseits habe in Genf nunmehr einen Grad erreicht, in welchem Mittere Potemkin und Gortzmann das Merkmal jeder Sitzung sei.